

## **Protokoll 13. Sitzung des Gemeinderats von Zürich**

Mittwoch, 31. August 2022, 17.00 Uhr bis 19.59 Uhr, in der Halle 9  
in Zürich-Oerlikon

---

Vorsitz: Präsident Matthias Probst (Grüne)

Beschlussprotokoll: Sekretärin Heidi Egger (SP)

Anwesend: 115 Mitglieder

Abwesend: Sanija Ameti (GLP), Nadina Diday (SP), Mélissa Dufournet (FDP), Selina Frey (GLP), Rahel Habegger (SP), Dr. Roland Hohmann (Grüne), Serap Kahriman (GLP), Felix Moser (Grüne), Martina Novak (GLP), Sebastian Zopfi (SVP)

---

Der Rat behandelt aus der vom Präsidenten erlassenen, separat gedruckten Tagliste folgende Geschäfte:

1. Mitteilungen
2. [2022/358](#) \* Weisung vom 14.07.2022: FV  
Finanzdepartement, Verordnung über die Umsetzung von  
§ 49b Planungs- und Baugesetz (UmV § 49b PBG), Neuerlass
3. [2022/359](#) \* Weisung vom 14.07.2022: VHB  
Amt für Städtebau, Teilrevision Bau- und Zonenordnung,  
Änderung der Bauordnung «Einführung von Mindestanteilen  
an preisgünstigen Wohnraum bei Arealüberbauungen»
4. [2022/340](#) \* Postulat von Anna Graff (SP), Selina Frey (GLP) und 2 Mitunter- VTE  
E zeichnenden vom 13.07.2022:  
Entwicklung und Stärkung niederschwelliger Angebote in den  
Quartieren im Bereich Lastentransporte
5. [2022/341](#) \* Postulat von Dr. Ann-Catherine Nabholz (GLP) und Selina Frey VHB  
E (GLP) vom 13.07.2022:  
Beschränkung der Höhe des neuen Seerestaurants auf die  
Gebäudehöhe des zu ersetzenden Kiosks
6. [2022/344](#) \* Postulat von Samuel Balsiger (SVP) und Johann Widmer (SVP) VS  
E vom 13.07.2022:  
Unterstützung der von ukrainischen Geflüchteten betriebenen  
Schule «Mriya» bis zum Ende des russischen Angriffskriegs

7.	<a href="#">2022/346</a>	* E	Postulat von Walter Anken (SVP) und Samuel Balsiger (SVP) vom 13.07.2022: Städtische Verpflegungsbetriebe, ausschliessliches Angebot von regionalen Lebensmitteln	VGU
8.	<a href="#">2022/347</a>	* E	Postulat von Roger Bartholdi (SVP) und Walter Anken (SVP) vom 13.07.2022: Extensive Bewirtschaftung wenig genutzter Rasenflächen und Bachläufen	VTE
9.	<a href="#">2022/354</a>	* E	Postulat von Brigitte Fürer (Grüne) und Jürg Rauser (Grüne) vom 13.07.2022: Umsetzungsvorlage zur Volksinitiative «Seerestaurant», Einhaltung bestimmter Eckwerte im Rahmen der zu erstellenden Machbarkeitsstudie	VHB
10.	<a href="#">2022/353</a>	* E	Postulat von Florine Angele (GLP), Tanja Maag Sturzenegger (AL) und 3 Mitunterzeichnenden vom 13.07.2022: Pikettenschädigung für Hebammen, die in eigener fachlicher Verantwortung Wöchnerinnen betreuen	VGU
11.	<a href="#">2022/325</a>	* A	Postulat von Samuel Balsiger (SVP) und Stephan Iten (SVP) vom 06.07.2022: Sofortiger Abbruch des Projekts «Brings uf d'Strass!»	VTE
12.	<a href="#">2022/208</a>		Bericht der Ombudsstelle für das Jahr 2021	OMB
13.	<a href="#">2022/169</a>		Weisung vom 11.05.2022: Präsidialdepartement, Verein Zürcher Volksfeste, wiederkehrender Beitrag ab 2023, Aufhebung GR Nrn. 2009/136 und 2018/371	STP
14.	<a href="#">2022/251</a>	E/A	Postulat von Dr. Balz Bürgisser (Grüne) und Markus Knauss (Grüne) vom 15.06.2022: Züri Fäscht, innovative Konzepte und Prozesse hinsichtlich der städtischen Klimaziele	STP
15.	<a href="#">2022/265</a>	E	Postulat von Dr. Balz Bürgisser (Grüne) und Liv Mahrer (SP) vom 22.06.2022: Züri Fäscht, Umsetzung einer Pflicht zur Verwendung von Mehrweggeschirr oder Einweggeschirr mit geringer Umweltbelastung	STP
16.	<a href="#">2022/371</a>	E	Postulat der SP- und Grüne-Fraktion vom 24.08.2022: Züri Fäscht, Ersetzung der Feuerwerke durch innovative und umweltfreundliche Alternativen	STP
18.	<a href="#">2022/261</a>	E	Dringliches Postulat von Lisa Diggelmann (SP), Anna Graff (SP) und 6 Mitunterzeichnenden vom 22.06.2022: Übernahme der Gebühren für die Umwandlung des Zivilstands bei eingetragenen Partnerschaften in Ehen	STP

19. [2022/315](#) E Dringliche Motion von Jehuda Spielman (FDP), Walter Angst (AL) und 8 Mitunterzeichnenden vom 06.07.2022: Investitions- und Betriebsbeitrag zur Sicherstellung und Förderung des Museums «Schauplatz Brunngasse» STP
20. [2021/439](#) E/A Postulat von Reis Luzhnica (SP) und Marco Geissbühler (SP) vom 10.11.2021: Prüfung allfälliger Nutzungskonflikte auf dem Friedhof Sihlfeld und Erhalt des Areals als Freiraum und zur Erholung für die Quartierbevölkerung STP

\* Keine materielle Behandlung

## Mitteilungen

Die Mitteilungen des Ratspräsidenten werden zur Kenntnis genommen.

### 508. **2022/335** **Ratsmitglied Regula Fischer Svosve (AL); Rücktritt**

Der Ratspräsident gibt den Rücktritt von Regula Fischer Svosve (AL 10) auf den 31. August 2022 bekannt und würdigt ihre Amtstätigkeit.

An der nachfolgenden Fraktionserklärung werden keine sprachlichen Korrekturen vorgenommen.

### 509. **2022/399** **Erklärung der AL-Fraktion vom 31.08.2022:** **Umstrukturierungsmassnahmen am Stadtpital Triemli**

Namens der AL-Fraktion verliest Tanja Maag Sturzenegger (AL) folgende Fraktionserklärung:

Fraktionserklärung der AL: Auf das Personal hören!

Kurz vor den Sommerferien führte eine geplante Umstrukturierungsmassnahme (eine Zusammenlegung von zwei sich auf demselben Stock befindlichen Stationen der medizinischen Klinik) am Stadtpital Triemli zu starkem Widerstand eines Pflorgeteams. Ein betroffenes Team hat sich an Andreas Hauri und an uns Gemeinderät:innen der SK GUD gewandt.

Dass sich Widerstand formiert, dass eine Gruppe von 16 Pflegefachpersonen beschliesst, derart in die Offensive zu gehen, ist nichts Alltägliches! Bis eine solche Dynamik auftritt, braucht es sehr viel. Warum? Pflegefachleute haben, wie andere Berufsleute, die nahe mit Menschen arbeiten, ein sehr ausgeprägtes Berufsethos. Pflegenden haben hohe moralische Anforderungen an sich selbst, wie sie ihre Patient:innen und Bewohner:innen versorgen möchten. Für das Patient:innen-Wohl werden oft und lange widrige Umstände ausgehalten, mitgetragen und kompensiert. Dieses moralische Verpflichtungsgefühl wird ausgenutzt! Nicht aus Bösartigkeit, sondern einfach, weil die Erfahrung zeigt, dass das Tagesgeschäft von den Beschäftigten an der Basis selbstverständlich und pflichtbewusst bewältigt wird.

Im Rahmen des Projekts Shared Governance wurden schon auf anderen Stockwerken Grossstationen gebildet. Um die Kritikpunkte an Grossstationen an sich zu formulieren, benötigen wir die Stellungnahmen der

Spitaldirektion, die zum Teil bereits erfolgt sind. Wir werden diese weiterhin einfordern, um uns vom Verdacht zu befreien, dass finanzielle Aspekte höher gewichtet werden als der Anspruch auf eine qualitativ hochstehende Patient:innen-Versorgung. Der Personalbestand konnte durch das Projekt bisher nicht nach oben korrigiert werden. Das lässt sich mit Bestimmtheit sagen.

Der andere Kern der Geschichte ist, dass anhaltender Widerstand der eigenen Leute gegen das Umstrukturierungs-Projekt aufzeigt, dass die Betroffenen offenbar nicht ins Boot geholt werden konnten. Wenn die Entscheidungsprozesse Mitarbeiter:innen-orientiert, und partizipativ gestaltet sind, werden keine solchen Lawinen losgetreten. Dieses Team, welches ein eingespieltes Team mit einer hohen Expertise und jahrelanger Erfahrung ist, will nicht einfach ein bisschen Radau machen! Es will uns aufrütteln! Die Betroffenen fühlen sich unverstanden und hilflos, trotz der Gespräche, die ihnen vom Stadtpital angeboten wurden. Aus ihrer Sicht werden in einer ohnehin schon sehr fragilen Personallage Destabilisierungen durch Umstrukturierung von funktionierenden Pflegeeinheiten in Kauf genommen, obwohl erwiesen ist, dass sich das Zusammenspiel in einem routinierten Team positiv auf die Pflegequalität und Mitarbeiter:innen-Zufriedenheit auswirkt. Ordnen wir den Widerstand der Pflegenden in die Zeit ein, muss es uns umso verständlicher erscheinen, dass es äusserst frustrierend ist, wenn nach Bewältigung der Pandemieeinsätze die Scheinwerfer wieder ausgeschaltet werden und die Menschen, die weiterhin das Tagesgeschäft bewältigen, Angst haben müssen, vergessen zu werden.

Das Stadtpital läuft Gefahr, erfahrene Fachkräfte mit Knowhow in medizinischen Spezialgebieten zu verlieren. Wir können uns das nicht leisten! Wir alle werden ausbaden müssen, was wir heute an jeglichen Bestrebungen versäumen, die Arbeitsbedingungen in unseren Spitälern, Gesundheitszentren und in der ambulanten Versorgung auf eine solide Basis zu stellen. Wir erwarten, dass der Stadtrat, die Situation- und die weitere Entwicklung am Stadtpital prüft!

Wir rufen Sie dazu auf, mit Ihren Möglichkeiten und Ihren Bemühungen die Pflege zu stärken!

## G e s c h ä f t e

### 510. 2022/358

**Weisung vom 14.07.2022:**

**Finanzdepartement, Verordnung über die Umsetzung von § 49b Planungs- und Baugesetz (UmV § 49b PBG), Neuerlass**

Die Zuweisung an die SK FD gemäss Antrag des Stadtrats war an der Sitzung der Geschäftsleitung vom 29. August 2022 umstritten.

Walter Angst (AL) stellt namens der AL-Fraktion den Antrag auf Zuweisung an die SK HBD/SE.

Der Rat lehnt den Antrag des Stadtrats mit 49 gegen 61 Stimmen (bei 0 Enthaltungen) ab.

Damit ist das Geschäft der SK HBD/SE überwiesen.

Mitteilung an den Stadtrat

### 511. 2022/359

**Weisung vom 14.07.2022:**

**Amt für Städtebau, Teilrevision Bau- und Zonenordnung, Änderung der Bauordnung «Einführung von Mindestanteilen an preisgünstigem Wohnraum bei Arealüberbauungen»**

Zuweisung an die SK HBD/SE gemäss Beschluss der Geschäftsleitung vom 29. August 2022

**512. 2022/340**

**Postulat von Anna Graff (SP), Selina Frey (GLP) und 2 Mitunterzeichnenden vom 13.07.2022:**

**Entwicklung und Stärkung niederschwelliger Angebote in den Quartieren im Bereich Lastentransporte**

Gemäss schriftlicher Mitteilung ist die Vorsteherin des Tiefbau- und Entsorgungsdepartements namens des Stadtrats bereit, das Postulat zur Prüfung entgegenzunehmen.

Roger Bartholdi (SVP) stellt namens der SVP-Fraktion den Ablehnungsantrag.

Damit ist das Geschäft vertagt.

Mitteilung an den Stadtrat

**513. 2022/341**

**Postulat von Dr. Ann-Catherine Nabholz (GLP) und Selina Frey (GLP) vom 13.07.2022:**

**Beschränkung der Höhe des neuen Seerestaurants auf die Gebäudehöhe des zu ersetzenden Kiosks**

Gemäss schriftlicher Mitteilung ist der Vorsteher des Hochbaudepartements namens des Stadtrats bereit, das Postulat zur Prüfung entgegenzunehmen.

Karin Weyermann (Die Mitte) stellt namens der Die Mitte/EVP-Fraktion den Ablehnungsantrag.

Damit ist das Geschäft vertagt.

Mitteilung an den Stadtrat

**514. 2022/344**

**Postulat von Samuel Balsiger (SVP) und Johann Widmer (SVP) vom 13.07.2022: Unterstützung der von ukrainischen Geflüchteten betriebenen Schule «Mriya» bis zum Ende des russischen Angriffskriegs**

Gemäss schriftlicher Mitteilung ist der Vorsteher des Sozialdepartements namens des Stadtrats bereit, das Postulat zur Prüfung entgegenzunehmen.

Es wird weder ein Ablehnungs- noch ein Textänderungsantrag gestellt.

Damit ist das Postulat dem Stadtrat zur Prüfung überwiesen.

Mitteilung an den Stadtrat

**515. 2022/346****Postulat von Walter Anken (SVP) und Samuel Balsiger (SVP) vom 13.07.2022:  
Städtische Verpflegungsbetriebe, ausschliessliches Angebot von regionalen  
Lebensmitteln**

Gemäss schriftlicher Mitteilung ist der Vorsteher des Gesundheits- und Umweltdepartements namens des Stadtrats bereit, das Postulat zur Prüfung entgegenzunehmen.

Martina Zürcher (FDP) stellt namens der FDP-Fraktion den Ablehnungsantrag.

Damit ist das Geschäft vertagt.

Mitteilung an den Stadtrat

**516. 2022/347****Postulat von Roger Bartholdi (SVP) und Walter Anken (SVP) vom 13.07.2022:  
Extensive Bewirtschaftung wenig genutzter Rasenflächen und Bachläufen**

Gemäss schriftlicher Mitteilung ist die Vorsteherin des Tiefbau- und Entsorgungsdepartements namens des Stadtrats bereit, das Postulat zur Prüfung entgegenzunehmen.

Es wird weder ein Ablehnungs- noch ein Textänderungsantrag gestellt.

Damit ist das Postulat dem Stadtrat zur Prüfung überwiesen.

Mitteilung an den Stadtrat

**517. 2022/354****Postulat von Brigitte Fürer (Grüne) und Jürg Rauser (Grüne) vom 13.07.2022:  
Umsetzungsvorlage zur Volksinitiative «Seerestaurant», Einhaltung bestimmter  
Eckwerte im Rahmen der zu erstellenden Machbarkeitsstudie**

Gemäss schriftlicher Mitteilung ist der Vorsteher des Hochbaudepartements namens des Stadtrats bereit, das Postulat zur Prüfung entgegenzunehmen.

Roger Suter (FDP) stellt namens der FDP-Fraktion einen Textänderungsantrag.

Damit ist das Geschäft vertagt.

Mitteilung an den Stadtrat

**518. 2022/353****Postulat von Florine Angele (GLP), Tanja Maag Sturzenegger (AL) und 3 Mitunter-  
zeichnenden vom 13.07.2022:  
Pikettenschädigung für Hebammen, die in eigener fachlicher Verantwortung  
Wöchnerinnen betreuen**

Gemäss schriftlicher Mitteilung ist der Vorsteher des Gesundheits- und Umweltdepartements namens des Stadtrats bereit, das Postulat zur Prüfung entgegenzunehmen.

Elisabeth Schoch (FDP) stellt namens der FDP-Fraktion einen Textänderungsantrag.

Damit ist das Geschäft vertagt.

Beschlussfassung über den Antrag auf Dringlichkeit von Florine Angele (GLP) vom 24. August 2022 (vergleiche Beschluss-Nr. 440/2022).

Die Dringlicherklärung wird von 92 Ratsmitgliedern unterstützt, womit das Quorum von 63 Stimmen gemäss Art. 124 Abs. 2 GeschO GR erreicht ist.

Mitteilung an den Stadtrat

**519. 2022/325**

**Postulat von Samuel Balsiger (SVP) und Stephan Iten (SVP) vom 06.07.2022: Sofortiger Abbruch des Projekts «Brings uf d'Strass!»**

Beschlussfassung über den Antrag auf Dringlichkeit von Samuel Balsiger (SVP) vom 24. August 2022 (vergleiche Beschluss-Nr. 439/2022)

Die Dringlicherklärung wird von 30 Ratsmitgliedern unterstützt, womit das Quorum von 63 Stimmen gemäss Art. 124 Abs. 2 GeschO GR nicht erreicht ist.

Mitteilung an den Stadtrat

**520. 2022/208**

**Bericht der Ombudsstelle für das Jahr 2021**

Die Geschäftsprüfungskommission (GPK) hat den Bericht der Ombudsstelle für das Jahr 2021 in Anwendung von Art. 63 Abs. 1 lit. d der Geschäftsordnung des Gemeinderats geprüft (vgl. Bericht und Antrag der GPK vom 11. Juli 2022).

Referentin zur Vorstellung des Berichts: Vizepräsidentin Maleica Landolt (GLP)

Schlussabstimmung

Die GPK beantragt, den Bericht der Ombudsstelle für das Jahr 2021 abzunehmen.

Zustimmung: Vizepräsidentin Maleica Landolt (GLP), Referentin; Präsidentin Martina Zürcher (FDP), Sanija Ameti (GLP), Monika Bättschmann (Grüne), Angelica Eichenberger (SP), Rahel Habegger (SP), Dr. Bernhard im Oberdorf (SVP), Simon Kälin-Werth (Grüne), Reis Luzhnica (SP), Michael Schmid (FDP), Karin Weyermann (Die Mitte)

Der Rat stimmt dem Antrag der GPK mit 108 gegen 0 Stimmen (bei 0 Enthaltungen) zu.

Damit ist beschlossen:

Der Bericht der Ombudsstelle für das Jahr 2021 wird abgenommen.

Das Geschäft ist erledigt.

**521. 2022/169****Weisung vom 11.05.2022:****Präsidialdepartement, Verein Zürcher Volksfeste, wiederkehrender Beitrag ab 2023, Aufhebung GR Nrn. 2009/136 und 2018/371**

Ausstand: Albert Leiser (FDP)

Antrag des Stadtrats

1. Für die Organisation des «Züri Fäscht» im dreijährigen Rhythmus durch den Verein Zürcher Volksfeste wird ab dem Jahr 2023 ein wiederkehrender Beitrag von jährlich Fr. 1 250 000.– wie folgt bewilligt:
  - a) als Betriebsbeitrag: Fr. 136 000.– (Preisstand: Dezember 2021, Zürcher Index der Konsumentenpreise)
  - b) als Erlass der Kostenmiete, Gebührenerlass sowie wesentliche Eigenleistungen (einschliesslich Reserve): Fr. 1 114 000.–
2. Die Beschlüsse GR Nrn. 2009/136 und 2018/371 werden per 31. Dezember 2022 aufgehoben.

Referentin zur Vorstellung der Weisung: Präsidentin Yasmine Bourgeois (FDP)

Namens des Stadtrats nimmt die Stadtpräsidentin Stellung.

Änderungsantrag, neue Dispositivziffer 2

Die Mehrheit der SK PRD/SSD beantragt Ablehnung des nachfolgenden Änderungsantrags.

Die Minderheit der SK PRD/SSD beantragt folgende neue Dispositivziffer 2 (Die Nummerierung der Dispositivziffern wird gemäss Ratsbeschluss angepasst):

2. Am «Züri Fäscht» wird auf klassische Flugshows verzichtet. Es wird baldmöglichst eine Tradition für klimafreundliche Alternativen geschaffen.

Mehrheit:	Präsidentin Yasmine Bourgeois (FDP), Referentin; Roger Föhn (EVP), Christine Huber (GLP), Sabine Koch (FDP), Dr. Christian Monn (GLP), Stefan Urech (SVP)
Minderheit:	Dr. Balz Bürgisser (Grüne), Referent; Vizepräsidentin Maya Kägi Götz (SP), Islam Alijaj (SP), Regula Fischer Svosve (AL), Christina Horisberger (SP)
Abwesend:	Liv Mahrer (SP), Urs Riklin (Grüne)

Dr. Balz Bürgisser (Grüne) zieht den Antrag der Minderheit zurück.

Änderungsantrag, neue Dispositivziffer 3

Die Mehrheit der SK PRD/SSD beantragt Ablehnung des nachfolgenden Änderungsantrags.

Die Minderheit der SK PRD/SSD beantragt folgende neue Dispositivziffer 3 (Die Nummerierung der Dispositivziffern wird gemäss Ratsbeschluss angepasst):

3. Am «Züri Fäscht» werden die Feuerwerke baldmöglichst auf innovative Art durch umweltfreundliche Formen von Lichtzauber am Nachthimmel ersetzt.



Mehrheit: Präsidentin Yasmine Bourgeois (FDP), Referentin; Roger Föhn (EVP), Christine Huber (GLP), Sabine Koch (FDP), Dr. Christian Monn (GLP), Stefan Urech (SVP)  
 Minderheit: Dr. Balz Bürgisser (Grüne), Referent; Vizepräsidentin Maya Kägi Götz (SP), Islam Alijaj (SP), Regula Fischer Svosve (AL), Christina Horisberger (SP)  
 Abwesend: Liv Mahrer (SP), Urs Riklin (Grüne)

Dr. Balz Bürgisser (Grüne) zieht den Antrag der Minderheit zurück.

Änderungsantrag der Grüne Fraktion zu Dispositivziffer 1

Dr. Balz Bürgisser (Grüne) beantragt namens der Grüne-Fraktion folgende Änderung der Dispositivziffer 1:

1. Für die Organisation des «Züri Fäscht» im dreijährigen Rhythmus durch den Verein Zürcher Volksfeste wird ab dem Jahr 2023 ein wiederkehrender Beitrag von jährlich Fr. 1 250 000.– wie folgt bewilligt:
  - a) als Betriebsbeitrag: Fr. 136 000.– (Preisstand: Dezember 2021, Zürcher Index der Konsumentenpreise)
  - b) als Erlass der Kostenmiete, Gebührenerlass sowie wesentliche Eigenleistungen (einschliesslich Reserve): Fr. 1 114 000.–
  - c) unter der Auflage, dass keine Shows mit Flugzeugen stattfinden.

Der Rat stimmt dem Antrag von Dr. Balz Bürgisser (Grüne) mit 59 gegen 55 Stimmen (bei 0 Enthaltungen) zu.

Der Ratspräsident weist darauf hin, dass die Dispositivziffern 1–2 einer einzigen Schlussabstimmung unterstehen, da sie nach dem Grundsatz der Einheit der Materie miteinander verbunden sind (gemäss Art. 212 Abs. 1 Gescho GR).

Aufgrund der vorhergehenden Abstimmung wird über die bereinigten Dispositivziffern 1–2 abgestimmt.

Schlussabstimmung über die bereinigten Dispositivziffern 1–2

Abstimmung gemäss Art. 62 Abs. 1 lit. c Gemeindeordnung (Ausgabenbremse):

Der Rat stimmt den bereinigten Dispositivziffern 1–2 mit 113 gegen 1 Stimmen (bei 0 Enthaltungen) zu. Somit ist das Quorum von 63 Stimmen für die Ausgabenbremse erreicht.

Damit ist beschlossen:

1. Für die Organisation des «Züri Fäscht» im dreijährigen Rhythmus durch den Verein Zürcher Volksfeste wird ab dem Jahr 2023 ein wiederkehrender Beitrag von jährlich Fr. 1 250 000.– wie folgt bewilligt:
  - a) als Betriebsbeitrag: Fr. 136 000.– (Preisstand: Dezember 2021, Zürcher Index der Konsumentenpreise)

- b) als Erlass der Kostenmiete, Gebührenerlass sowie wesentliche Eigenleistungen (einschliesslich Reserve): Fr. 1 114 000.–
  - c) unter der Auflage, dass keine Shows mit Flugzeugen stattfinden.
2. Die Beschlüsse GR Nrn. 2009/136 und 2018/371 werden per 31. Dezember 2022 aufgehoben.

Mitteilung an den Stadtrat sowie amtliche Publikation am 7. September 2022 gemäss Art. 36 und 38 der Gemeindeordnung (Ablauf der Referendumsfrist: 7. November 2022)

**522. 2022/251**

**Postulat von Dr. Balz Bürgisser (Grüne) und Markus Knauss (Grüne) vom 15.06.2022:  
Züri Fäscht, innovative Konzepte und Prozesse hinsichtlich der städtischen Klimaziele**

Ausstand: Albert Leiser (FDP)

Gemäss schriftlicher Mitteilung ist die Stadtpräsidentin namens des Stadtrats bereit, das Postulat zur Prüfung entgegenzunehmen.

Dr. Balz Bürgisser (Grüne) begründet das Postulat (vergleiche Beschluss-Nr. 231/2022).

Yasmine Bourgeois (FDP) begründet den namens der FDP-Fraktion am 29. Juni 2022 gestellten Ablehnungsantrag.

Namens des Stadtrats nimmt die Stadtpräsidentin Stellung.

Das Postulat wird mit 81 gegen 33 Stimmen (bei 0 Enthaltungen) dem Stadtrat zur Prüfung überwiesen.

Mitteilung an den Stadtrat

**523. 2022/265**

**Postulat von Dr. Balz Bürgisser (Grüne) und Liv Mahrer (SP) vom 22.06.2022:  
Züri Fäscht, Umsetzung einer Pflicht zur Verwendung von Mehrweggeschirr oder Einweggeschirr mit geringer Umweltbelastung**

Ausstand: Albert Leiser (FDP)

Gemäss schriftlicher Mitteilung ist die Stadtpräsidentin namens des Stadtrats bereit, das Postulat zur Prüfung entgegenzunehmen.

Dr. Balz Bürgisser (Grüne) begründet das Postulat (vergleiche Beschluss-Nr. 263/2022).

Stefan Urech (SVP) stellt namens der SVP-Fraktion den Ablehnungsantrag und begründet diesen.

Namens des Stadtrats nimmt die Stadtpräsidentin Stellung.

Das Postulat wird mit 72 gegen 42 Stimmen (bei 0 Enthaltungen) dem Stadtrat zur Prüfung überwiesen.

Mitteilung an den Stadtrat

**524. 2022/371**

**Postulat der SP- und Grüne-Fraktion vom 24.08.2022:  
Züri Fäscht, Ersetzung der Feuerwerke durch innovative und umweltfreundliche Alternativen**

Ausstand: Albert Leiser (FDP)

Gemäss schriftlicher Mitteilung ist die Stadtpräsidentin namens des Stadtrats bereit, das Postulat zur Prüfung entgegenzunehmen.

Dr. Balz Bürgisser (Grüne) begründet das Postulat (vergleiche Beschluss-Nr. 483/2022).

Stefan Urech (SVP) stellt namens der SVP-Fraktion den Ablehnungsantrag und begründet diesen.

Namens des Stadtrats nimmt die Stadtpräsidentin Stellung.

Das Postulat wird mit 71 gegen 42 Stimmen (bei 0 Enthaltungen) dem Stadtrat zur Prüfung überwiesen.

Mitteilung an den Stadtrat

Der Ratspräsident gibt die Absetzung von TOP 17, GR Nr. 2022/317, «Dringliches Postulat der SP-, Grüne- und AL-Fraktion vom 06.07.2022: Verzicht auf den geplanten Ausbau von Reklameflächen» bekannt.

**525. 2022/261**

**Dringliches Postulat von Lisa Diggelmann (SP), Anna Graff (SP) und 6 Mitunterzeichnenden vom 22.06.2022:  
Übernahme der Gebühren für die Umwandlung des Zivilstands bei eingetragenen Partnerschaften in Ehen**

Gemäss schriftlicher Mitteilung ist die Stadtpräsidentin namens des Stadtrats bereit, das Dringliche Postulat zur Prüfung entgegenzunehmen.

Lisa Diggelmann (SP) begründet das Dringliche Postulat (vergleiche Beschluss-Nr. 259/2022).

Samuel Balsiger (SVP) stellt namens der SVP-Fraktion den Ablehnungsantrag und begründet diesen.

Namens des Stadtrats nimmt die Stadtpräsidentin Stellung.

Das Dringliche Postulat wird mit 70 gegen 38 Stimmen (bei 0 Enthaltungen) dem Stadtrat zur Prüfung überwiesen.

Mitteilung an den Stadtrat

**526. 2022/315**

**Dringliche Motion von Jehuda Spielman (FDP), Walter Angst (AL) und 8 Mitunterzeichnenden vom 06.07.2022:  
Investitions- und Betriebsbeitrag zur Sicherstellung und Förderung des Museums  
«Schauplatz Brunnegasse»**

Gemäss schriftlicher Mitteilung ist die Stadtpräsidentin namens des Stadtrats bereit, die Dringliche Motion entgegenzunehmen.

Es wird weder ein Ablehnungs- noch ein Textänderungsantrag gestellt.

Damit ist die Dringliche Motion dem Stadtrat überwiesen.

Mitteilung an den Stadtrat

**527. 2021/439**

**Postulat von Reis Luzhnica (SP) und Marco Geissbühler (SP) vom 10.11.2021:  
Prüfung allfälliger Nutzungskonflikte auf dem Friedhof Sihlfeld und Erhalt des  
Areal als Freiraum und zur Erholung für die Quartierbevölkerung**

Gemäss schriftlicher Mitteilung ist die Stadtpräsidentin namens des Stadtrats bereit, das Postulat zur Prüfung entgegenzunehmen.

Reis Luzhnica (SP) begründet das Postulat (vergleiche Beschluss-Nr. 4584/2021).

Flurin Capaul (FDP) begründet den namens der FDP-Fraktion am 24. November 2021 gestellten Ablehnungsantrag.

Namens des Stadtrats nimmt die Stadtpräsidentin Stellung.

Das Postulat wird mit 56 gegen 53 Stimmen (bei 0 Enthaltungen) dem Stadtrat zur Prüfung überwiesen.

Mitteilung an den Stadtrat

## E i n g ä n g e

An den nachfolgenden Texten werden keine sprachlichen Korrekturen vorgenommen.

### 528. 2022/400

**Beschlussantrag der SP-, Grüne-, GLP-, Die Mitte/EVP- und AL-Fraktion vom 31.08.2022:**

**Erhöhung der Entschädigungen und der Spesenvergütungen sowie Einführung einer beruflichen Vorsorge und Taggeldern im Rahmen der Ratstätigkeit, Revision der Entschädigungsverordnung des Gemeinderats (EntschVO GR)**

Von der SP-, Grüne-, GLP-, Die Mitte/EVP- und AL-Fraktion ist am 31. August 2022 folgender Beschlussantrag eingereicht worden:

Die Unterzeichnenden beantragen, die Entschädigungsverordnung des Gemeinderates zu überarbeiten. Folgende Punkte sollen dabei berücksichtigt werden:

- Angemessene Erhöhung der Entschädigung
- Einbindung in die berufliche Vorsorge (2. Säule)
- Sicherstellung von Krankentaggeldern
- Vergütung der Kinderbetreuung bei Kommissions- und Parlamentssitzungen
- Vergütung des behinderungsbedingten Assistenzbedarfs für die Ausübung des Mandats subsidiär zu den übrigen gesetzlichen Ansprüchen und Vergütungsleistungen
- Zurverfügungstellung eines persönlichen ZVV-Jahresabonnements für die Zone 110.

Begründung:

Die Arbeit im Gemeinderat ist aufgrund der Komplexität der Geschäfte im Laufe der Jahre aufwändiger und zeitintensiver geworden. Häufig ist eine Reduktion des Arbeitspensums unausweichlich.

Damit sich auch in Zukunft geeignete Personen für das Amt des Gemeinderates motivieren lassen und die Fluktuation im Rat reduziert wird, soll die Entschädigung wie obenstehend angepasst werden. Ein Gemeinderatsmandat darf nicht nur für diejenigen zugänglich sein, die es sich auch finanziell leisten können. Gleichzeitig soll eine zeitgemässe und faire soziale Sicherung der Parlamentstätigkeit angestrebt werden.

Im Weiteren soll durch den Anschluss an eine Pensionskasse sichergestellt werden, dass im Pensionsalter aufgrund der während der Ratszeit reduzierten Arbeitspensums, keine oder lediglich kleinere Rentenlücken resultieren. Die Parlamentstätigkeit soll ausserdem im Bedarfsfall zum Bezug von Taggeldern berechtigen.

Für Eltern, die während den Rats- oder Kommissionsitzungen eine Betreuung ihrer Kinder finanzieren müssen, gilt es ebenfalls eine geeignete Lösung zu finden, damit diese nicht eine weitere finanzielle Belastung aufgrund der Ausübung des Gemeinderatsmandates hinnehmen müssen. Dieselben Überlegungen gelten für Ratsmitglieder mit behinderungsbedingtem Assistenzbedarf, denen unter dem Strich ebenfalls kein finanzieller Nachteil durch die Ratstätigkeit erwachsen soll.

Schliesslich soll mit dem ZVV-Jahresabonnement für die Zone 110 die Anreise an die Sitzungen finanziert werden.

Mitteilung an den Stadtrat

### 529. 2022/401

**Beschlussantrag der FDP-Fraktion vom 31.08.2022:**

**Beschränkung der Temperatur in den genutzten Räumlichkeiten des Gemeinderats analog der Heiztemperatur in den städtischen Verwaltungsgebäuden**

Von der FDP-Fraktion ist am 31. August 2022 folgender Beschlussantrag eingereicht worden:

In Reaktion auf die Energiekrise beschränkt der Gemeinderat bis zum Ende des Winters 2022/2023 die maximale Heiztemperatur in seinen Räumlichkeiten auf die jeweils gleiche Temperatur, die der Stadtrat in den

Verwaltungsgebäuden der Stadt vorsieht. Damit leistet das Parlament seinen Beitrag zur Bewältigung der Krise und ermutigt die Bevölkerung und die Wirtschaft, die Heizleistung ebenfalls zu reduzieren.

Begründung:

Im kommenden Winter 2022/23 besteht die Gefahr, dass in der Schweiz zu wenig Gas und zu wenig Strom vorhanden ist und allgemein schwere Mangellagen im Energiebereich eintreten könnten. Diese für Wirtschaft und Gesellschaft besorgniserregende Situation ist eine direkte Folge des Krieges in der Ukraine und der dadurch verringerten Gasliefermenge aus Russland, zeigt jedoch auch einen Reformbedarf des Schweizer Gesamtenergiesystems an.

Die Stadt Zürich ist aufgrund einer überdurchschnittlichen Verwendung von Gas für den Heizeinsatz besonders gefordert. Wir gehen davon aus, dass der Stadtrat, wie vom Vorsteher der Industriellen Betriebe, Stadtrat Michael Baumer, bereits angekündigt, die notwendigen Massnahmen in seinem Zuständigkeitsbereich treffen wird.

Es ist deshalb nur folgerichtig, dass der Gemeinderat für sich selbst entsprechende Einsparungen auf den Weg bringt (ungeachtet der Heizmethode in der Halle 9) und die gleiche Temperatur übernimmt, die der Stadtrat in den Räumlichkeiten der Verwaltung vorsieht.

Mitteilung an den Stadtrat

**530. 2022/402**  
**Postulat von Ivo Bieri (SP) und Hans Dellenbach (FDP) vom 31.08.2022:**  
**ewz, Benchmark-Vergleiche auf den Rechnungen und den persönlichen Online-Zugängen**

Von Ivo Bieri (SP) und Hans Dellenbach (FDP) ist am 31. August 2022 folgendes Postulat eingereicht worden:

Der Stadtrat wird aufgefordert zu prüfen, wie das EWZ zukünftig auf Rechnungen und den persönlichen Online-Zugängen Benchmark-Vergleiche anhand von geeigneten Parametern, beispielsweise ähnliche Wohnungsgrösse, gleiche Zimmeranzahl oder gleiche Personenbelegung, ausweisen kann.

Liegen die Daten für die Parameter derzeit nicht vor, sollen diese auf eine Weise erhoben werden, die den persönlichen Datenschutz gewährleistet.

Begründung:

Schon heute werden Vergleiche zu Vorjahresperioden im Stromverbrauch angezeigt. Das hilft, um den eigenen Verbrauch zeitlich einordnen zu können. Jedoch wissen derzeit die Haushalte nicht, wie sich ihr Verbrauch im Durchschnitt zu vergleichbaren Objekten verhält. Diese Information kann aber hilfreich sein, um den eigenen Verbrauch im Vergleich zu anderen zu verstehen. So können Haushalte, welche über dem Durchschnitt von vergleichbaren Objekten liegen, mittels Tipps zu einem sparsameren Umgang animiert werden. Diese Ausweisung schafft somit einen positiven Anreiz um Strom zu sparen.

Als Parameter kommen zum Beispiel die Wohnungsgrösse, die Zimmeranzahl oder die Personenbelegung in Frage.

Mitteilung an den Stadtrat

**531. 2022/403**  
**Postulat von Ivo Bieri (SP), Dr. Ann-Catherine Nabholz (GLP) und 4 Mitunterzeichnenden vom 31.08.2022:**  
**Erhöhung und Kommunikation der Transportkapazitäten für Kinderwagen und Rollstühle in den Verkehrsmitteln zum Zoo**

Von Ivo Bieri (SP), Dr. Ann-Catherine Nabholz (GLP) und 4 Mitunterzeichnenden ist am 31. August 2022 folgendes Postulat eingereicht worden:

Der Stadtrat wird gebeten zu prüfen, wie die Transportkapazität insbesondere für Kinderwagen, Rollstühle und dergleichen auf den Verkehrsmitteln zum Zoo erhöht und auf geeignete Weise kommuniziert werden kann.

Begründung:

Der Zoo Zürich ist ein beliebtes Ausflugsziel und zieht unter anderem besonders Familien mit kleinen Kindern an. Es ist erfreulich, dass viele Personen mit den öffentlichen Verkehrsmitteln anreisen. Doch nicht selten sind die Trams der Linie 6 zum Zoo, insbesondere bei guter Witterung vormittags sowie an Wochenenden, überfüllt, da der Platz zum Abstellen von Kinderwagen, Rollstühlen und dergleichen knapp bemessen ist. Um dem Abhilfe zu verschaffen, könnte beispielsweise der Fahrplan zu gewissen Zeiten verdichtet, durchgängig grössere Fahrzeuge oder auf einzelnen Kursen Trams mit einer reduzierten Anzahl an Sitzplätzen zugunsten von mehr Steh- und Abstellplätzen eingesetzt werden. Optimalerweise würden diese Kurse im Fahrplan speziell gekennzeichnet.

Mitteilung an den Stadtrat

**532. 2022/404**

**Postulat von Dr. Florian Blättler (SP) und Christina Horisberger (SP) vom 31.08.2022:**

**Varianten zur Liquidation der Kongresshaus Zürich AG im Hinblick auf das Ende des laufenden Vertrags**

Von Dr. Florian Blättler (SP) und Christina Horisberger (SP) ist am 31. August 2022 folgende Postulat eingereicht worden:

Der Stadtrat wird aufgefordert zu prüfen, wie er dem Gemeinderat im Hinblick auf das Auslaufen des aktuellen Vertrages 2028 mit der Kongresshaus Zürich AG (KHZ AG) dem Gemeinderat Varianten zur Liquidation der KHZ AG vorlegen kann. Die bisher der KHZ AG übertragenen Aufgaben sollen von der Kongresshaus Stiftung (KH-Stiftung) selbst übernommen werden oder von dieser öffentlich ausgeschrieben werden.

Begründung:

Mit der Umsetzung der Weisung 2022/180 betreffend Kapitalschnitt und Kapitalerhöhung zugunsten der KHZ AG wird die Stadt Zürich voraussichtlich zur Mehrheitsaktionärin. Damit verschärft sich eine bereits jetzt vorhandene heikle Situation in mehrfacher Hinsicht:

1. Zum einen sind submissionsrechtliche Bedenken zu nennen. Als öffentlich-rechtliche Anstalt muss die KH-Stiftung vollumfänglich dem Submissionsrecht folgen. Es muss deshalb weiter davon ausgegangen werden, dass die von der KHZ AG übernommenen Aufgaben – zumindest teilweise – vom Submissionsrecht erfasst sind. Durch die singuläre Funktion der KHZ AG ist es für die Sicherung der städtischen Investitionen entscheidend, dass die Aufgaben weiterhin von der KHZ AG wahrgenommen werden. Dieser Umstand droht, eine submissionsrechtlich korrekte Vergebung zu behindern.
2. Weiter ist die Kopplung von städtischen Subventionen an die KH-Stiftung und die Beauftragung der KHZ AG problematisch. Die Problematik zeigt sich in der vormaligen Dispoziffern 2 der Weisung 2022/180. Subventionen werden angepasst, so dass die KH-Stiftung den Mietzins für die KHZ AG senken kann, um der KHZ AG einen Gewinn «garantieren» zu können.

Diese problematische Situation kann entschärft werden, indem die Stadt Zürich die KHZ AG auflöst.

Mitteilung an den Stadtrat

**533. 2022/405**

**Postulat von Rahel Habegger (SP) und Nadia Huberson (SP) vom 31.08.2022:  
Offenlegung der Lohnbandbreite bei Stellenausschreibungen**

Von Rahel Habegger (SP) und Nadia Huberson (SP) ist am 31. August 2022 folgendes Postulat eingereicht worden:

Der Stadtrat wird gebeten zu prüfen, inwiefern analog zu den Massnahmen der VBZ in der gesamten Stadtverwaltung sowie den ausgelagerten Betrieben bei Stellenausschreibungen die Lohnbandbreite, innerhalb derer die ausgeschriebene Stelle angesiedelt ist, im Sinne der Lohntransparenz offengelegt werden kann.

Begründung:

Die Lohnvergleichsanalyse der Stadt Zürich aus dem Jahr 2021 hat eine nicht erklärbare Lohn Differenz bei städtischen Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern ergeben. Um die in der Stadtverwaltung bestehende Lohnungleichheit zu bekämpfen, sind aktive und gezielte Massnahmen unabdingbar. Fehlende Lohntransparenz am Arbeitsplatz verhindert, dass die Betroffenen überhaupt erfahren, dass sie im Vergleich zu ihren Arbeitskolleginnen und Arbeitskollegen weniger verdienen und in dieser Hinsicht diskriminiert werden. Die Schaffung von Lohntransparenz erleichtert die Durchsetzung des verfassungsmässigen Rechtes auf gleichen Lohn für gleiche Arbeit. Lohntransparenz verhindert zudem grosse Lohnschere, höhere Löhne bei besserem Verhandlungsgeschick und Gerüchte über unfaire Lohnunterschiede.

In ganz Europa kommunizieren immer mehr Unternehmen und Verwaltungen bei Stellenausschreibungen die zu erwartenden Löhne. Inzwischen machen auch verschiedene Kantone ihre Löhne transparent und auch auf Bundesebene gibt es Bestrebungen hin zu Lohntransparenz. Mittels transparenten Lohnbändern werden Lohnverhandlungsspielräume kleiner und Lohnverhandlungen grösstenteils hinfällig, da sich die Bewerberinnen und Bewerber abhängig von den verlangten Kompetenzen transparent im unteren, mittleren oder oberen Drittel des Lohnbandes einordnen können.

Mitteilung an den Stadtrat

#### 534. 2022/406

#### **Postulat von Reis Luzhnica (SP) und Severin Meier (SP) vom 31.08.2022: Abgabe von Quittungen bei Personenkontrollen der Stadtpolizei als Massnahme gegen Racial Profiling**

Von Reis Luzhnica (SP) und Severin Meier (SP) ist am 31. August 2022 folgendes Postulat eingereicht worden:

Der Stadtrat wird aufgefordert zu prüfen, wie in der Stadt Zürich gegen Racial Profiling vorgegangen werden kann, indem bei Personenkontrollen der Stadtpolizei Quittungen abgegeben werden. Diese Quittungen sollen u.a. folgende Informationen enthalten:

- Minimale Angaben zur kontrollierten Person
- Angaben zu den kontrollierenden Polizeibeamten (Dienststelle, Dienstnummer)
- Allgemeine Angaben zur Kontrolle (Datum, Zeit, Ort, Leibesvisitation: Ja/Nein)
- Genaue Begründung der Kontrolle
- Informationen zu Beschwerdemöglichkeiten, mit Verweis auf die Ombudsstelle sowie das Feedbackmanagement der Stadtpolizei.

Diese Informationen müssen hohen Datenschutzstandards gerecht werden.

Begründung:

Racial Profiling ist nach wie vor ein Problem bei der Stadtpolizei. Betroffene leiden oft unter diesen willkürlichen Kontrollen und verlieren das Vertrauen in die Polizei. Vor allem Jugendliche, die mehrmals Opfer dieser diskriminierenden Kontrollpraxis wurden, fühlen sich unsicher. Dies erschwert u.a. eine erfolgreiche Integration. Als effektives Mittel gegen diese diskriminierenden Kontrollen schlägt die Allianz gegen Racial Profiling in ihrem Bericht zur Situation in der Schweiz die Einführung von Quittungen bei Polizeikontrollen vor.

Der vorliegende Vorstoss nimmt das Anliegen des Postulates 2015/216 auf. Dieses wurde aufgrund von angeblichen Problemen beim Datenschutz mittlerweile abgeschrieben. Da das wichtige Anliegen aber weiterhin nicht erfüllt ist, nimmt das vorliegende Postulat den Faden auf, indem es die Herausforderungen beim Datenschutz angeht. Insbesondere ist zu prüfen, ob die gespeicherten Informationen an einem von der Stadtpolizei unabhängigen oder nur unter gewissen Bedingungen zugänglichen Ort gespeichert werden können. Zudem ist eine sinnvolle Frist zur Löschung der Daten zu definieren. Sollte es zu einer Anzeige aufgrund von Racial Profiling kommen, so soll mit der Löschung der Daten abgewartet werden, bis ein allfälliges Strafverfahren rechtskräftig entschieden worden ist.

Mitteilung an den Stadtrat



**535. 2022/407****Postulat von Martin Götzl (SVP), Isabel Garcia (GLP) und 1 Mitunterzeichnenden vom 31.08.2022:****Flexibler Altersrücktritt für das städtische Personal, Ausgleich der jährlichen Mehrkosten**

Von Martin Götzl (SVP), Isabel Garcia (GLP) und 1 Mitunterzeichnenden ist am 31. August 2022 folgendes Postulat eingereicht worden:

Der Stadtrat wird aufgefordert zu prüfen, wie die durch Weisung 2021/487 resultierenden jährlichen Mehrkosten von CHF 2.25 Mio. bei den budgetierten Personalkosten von insgesamt CHF 3'085 Mio. ausgeglichen werden können.

Begründung:

Mit der Weisung 2021/487 Flexibilisierung Altersrücktritt entstehen bei hoher Nutzung insgesamt CHF 2.25 Mio. Mehrkosten, welche die Stadt Zürich als Arbeitgeberin zu tragen hat.

Diese Mehrkosten sind sachlich begründet, zumal stets höhere Lebenserwartungen, individuellere Bedürfnisse und punktuelle Fachkräftemangelerscheinungen vorherrschen.

Der Nutzen der Flexibilisierung des Altersrücktritts soll auch darin bestehen, dass die Verwaltung schlagkräftiger agieren kann und somit zusätzliche Kosten ausgeglichen werden können.

In der Vergangenheit und auch im laufenden Jahr haben wir erlebt, wie die Zahl des städtischen Personals jährlich um bis zu 600 neue Stellen wächst - Tendenz steigend. In Anbetracht der gesamten Summe und des Wachstums der letzten Jahre, ist es unerlässlich, die gesamten Personalkosten mittel-/langfristig zu stabilisieren.

Mitteilung an den Stadtrat

**536. 2022/408****Postulat von Stephan Iten (SVP) und Sven Sobernheim (GLP) vom 31.08.2022: Ermöglichung von Höhenfeuern am Schweizer Bundesfeiertag auch bei starker Trockenheit**

Von Stephan Iten (SVP) und Sven Sobernheim (GLP) ist am 31. August 2022 folgendes Postulat eingereicht worden:

Der Stadtrat wird aufgefordert zu prüfen, wie und in welchem Rahmen zukünftig am Schweizer Bundesfeiertag die Höhenfeuer auf städtischem Gebiet entzündet werden können und welche Rahmenbedingungen hierfür, insbesondere bei starker Trockenheit, eingehalten werden müssen. Dabei sollen auch die entsprechenden Organisatoren einbezogen werden.

Begründung:

Die Enttäuschung der städtischen Bevölkerung darüber, dass wegen der Trockenheit keine Höhenfeuer entzündet werden konnten, war riesig. Auf noch grösseres Unverständnis stiess dies, da rundherum trotzdem Feuerwerk abgebrannt wurde.

Deshalb bitten wir den Stadtrat zu prüfen, in welchem Rahmen zukünftig am 1. August auch bei starker Trockenheit ein Höhenfeuer entzündet werden kann, sei dies zum Beispiel mit dem Einsatz von Feuerschalen, etc.

Mitteilung an den Stadtrat

**537. 2022/409****Postulat von Samuel Balsiger (SVP) und Martin Götzl (SVP) vom 31.08.2022:  
Verhinderung von Mottowochen mit dem Thema «Geschlechtertausch» an den Volksschulen**

Von Samuel Balsiger (SVP) und Martin Götzl (SVP) ist am 31. August 2022 folgendes Postulat eingereicht worden:

Der Stadtrat wird aufgefordert zu prüfen, wie er dafür sorgen kann, dass an Stadtzürcher Volksschulen nie mehr eine Mottowoche mit dem Thema «Geschlechtertausch» stattfindet.

Begründung:

«Die Mottowoche an einer Stadtzürcher Schule sorgt für Kritik. In einer Primarschule in der Stadt Zürich fand letzte Woche eine Mottowoche statt. Das Thema: Geschlechtertausch. Dabei verkleideten sich an einem Tag die Mädchen als Buben und umgekehrt. Laut einer Mutter folgte an einem weiteren Tag das Motto «Tussis und coole Jungs», deckt 20min.ch den Gender-Gaga-Skandal auf.

Die linke Indoktrinierung der Schulkinder ist entweder bereits weit fortgeschritten oder die Verantwortlichen versuchen nun, die Schuld auf die Kinder abzuschieben. Denn Gabriela Rothenfluh (SP) als Präsidentin der Kreisschulpflege Waidberg behauptet:

«Es war der Wunsch der Kinder, dass sie jeden Tag passend zu einem Motto verkleidet zur Schule kommen können.»

Würde die Aussage von Gabriela Rothenfluh (SP) korrekt sein, so hätten die Kinder die seit Urzeiten üblichen Geschlechtsformen von Mann und Frau eigenständig über Bord geworfen. Diese Aussage ist wissenschaftlich nicht nachvollziehbar.

Das Forschungsinstitut Sotomo hat im Dezember 2021 die Studie «Geschlecht und Identität» unter Mitwirkung des angesehenen Politologen Michael Hermann herausgegeben. Darin steht:

«Die Ergebnisse der durch Sotomo umgesetzten Studie sind repräsentativ für die sprachintegrierte Bevölkerung der Deutschschweiz, der französisch- und der italienischsprachigen Schweiz. [...]»

99,6 Prozent der Befragten bezeichnen sich entweder als Frau oder als Mann. Nur 0,4 Prozent ordnen sich nicht ins herkömmliche binäre Schema ein und bezeichnen sich explizit als nicht-binär.»

Wenn also nur 0,4 Prozent der Gesamtbevölkerung sich als nicht-binär empfinden, warum sollen dann Schulkinder die seit Urzeiten üblichen Geschlechtsformen von Mann und Frau eigenständig über Bord werfen? Da dies wissenschaftlich nicht nachvollziehbar ist, muss etwas anderes dahinterstecken. Die repräsentative Studie hält auch fest:

«Der Genderstern ist zu einem Symbol für einen Kulturkampf um Sprache und Identität geworden.»

Der gesamte linke Gender-Gaga ist ein Kulturkampf! Wird dieser linke Kulturkampf unter Gabriela Rothenfluh (SP) als Präsidentin der Kreisschulpflege Waidberg nun auch in die Schule getragen? In einem ähnlichen Zusammenhang hat die SVP die Vorstösse 2022/272, 2022/277 und 2022/326 eingereicht.

Mitteilung an den Stadtrat

**538. 2022/410****Postulat von Samuel Balsiger (SVP) und Martin Götzl (SVP) vom 31.08.2022:  
Verzicht auf geschlechtsneutrale Toiletten an der Volksschule**

Von Samuel Balsiger (SVP) und Martin Götzl (SVP) ist am 31. August 2022 folgendes Postulat eingereicht worden:

Der Stadtrat wird aufgefordert zu prüfen, wie auch zukünftig auf geschlechtsneutrale WCs an der Volksschule verzichtet werden kann. Der bisher bewährte gegenwärtige Zustand soll beibehalten werden.

Begründung:

Der SP-nahe Tages-Anzeiger schreibt am 16. Juli 2022: «Zürich führt geschlechtsneutrale WCs ein. Laut neuem Raumprogramm der Stadt Zürich sind an den Schulen drei verschiedene Toiletten und Garderobräume vorgesehen. Nun reagiert die Stadt Zürich auf die steigende Zahl von trans Schülerinnen und Schülern.»

Auf welche Quelle stützt sich das linke Propaganda-Blatt mit seiner Behauptung, dass der linke Stadtrat mit dem Gender-Gaga auf eine «steigende Zahl von trans Schülerinnen und Schülern» reagiere?

Mit der Beschlussnummer 645/2022 entschied der SP-dominierte Stadtrat betreffend der Volksschule doch tatsächlich: «Genderneutrale WC-Anlagen werden pragmatisch, bedarfsorientiert und ohne zusätzliche Kosten installiert.» Wie sollen die Stadtverwaltung arbeiten und wie sollen Immobilien baulich verändert werden, «ohne zusätzliche Kosten» auf dem Buckel der Steuerzahler zu verursachen?

Und was soll am Gender-Gaga «pragmatisch» sein? Zudem: Wie hoch ist die Zahl von transsexuellen Schülern?

Hinweise könnte die Wissenschaft geben. Das Forschungsinstitut Sotomo hat im Dezember 2021 die Studie «Geschlecht und Identität» unter Mitwirkung des angesehenen Politologen Michael Hermann herausgegeben. Darin steht:

«Die Ergebnisse der durch Sotomo umgesetzten Studie sind repräsentativ für die sprachintegrierte Bevölkerung der Deutschschweiz, der französisch- und der italienischsprachigen Schweiz. [...]

99,6 Prozent der Befragten bezeichnen sich entweder als Frau oder als Mann. Nur 0,4 Prozent ordnen sich nicht ins herkömmliche binäre Schema ein und bezeichnen sich explizit als nicht-binär.»

Wenn also nur 0,4 Prozent der Gesamtbevölkerung sich als nicht-binär empfinden, wie viele transsexuelle Schüler könnte es dann an der Stadtzürcher Volksschule geben? Der Stadtrat plant drei verschiedene Toiletten und Garderobenräume. Sollten tatsächlich transsexuelle Schüler vorhanden sein und sollten sie tatsächlich diese Einrichtungen nutzen, so outen sie vor der gesamten Schule. Ist das in diesem Alter und in diesem Lebensabschnitt richtig?

Mitteilung an den Stadtrat

### 539. 2022/411

#### **Interpellation von Samuel Balsiger (SVP) und Martin Götzl (SVP) vom 31.08.2022: Geschlechtsneutrale Toiletten und Garderobenräume, Darlegung der internen und externen Kosten, Quelle für die Ermittlung der Anzahl Betroffenen sowie Problematik des Outings bei Nutzung dieser Anlagen**

Von Samuel Balsiger (SVP) und Martin Götzl (SVP) ist am 31. August 2022 folgende Interpellation eingereicht worden:

Der SP-nahe Tages-Anzeiger schreibt am 16. Juli 2022: «Zürich führt geschlechtsneutrale WCs ein. Laut neuem Raumprogramm der Stadt Zürich sind an den Schulen drei verschiedene Toiletten und Garderobenräume vorgesehen. Nun reagiert die Stadt Zürich auf die steigende Zahl von trans Schülerinnen und Schülern.»

Auf welche Quelle stützt sich das linke Propaganda-Blatt mit seiner Behauptung, dass der linke Stadtrat mit dem Gender-Gaga auf eine «steigende Zahl von trans Schülerinnen und Schülern» reagiere?

Mit der Beschlussnummer 645/2022 entschied der SP-dominierte Stadtrat betreffend der Volksschule doch tatsächlich: «Genderneutrale WC-Anlagen werden pragmatisch, bedarfsorientiert und ohne zusätzliche Kosten installiert.» Wie soll die Stadtverwaltung arbeiten und wie sollen Immobilien baulich verändert werden, «ohne zusätzliche Kosten» auf dem Buckel der Steuerzahler zu verursachen?

Und was soll am Gender-Gaga «pragmatisch» sein? Zudem: Wie hoch ist die Zahl von transsexuellen Schülern?

Hinweise könnte die Wissenschaft geben. Das Forschungsinstitut Sotomo hat im Dezember 2021 die Studie «Geschlecht und Identität» unter Mitwirkung des angesehenen Politologen Michael Hermann herausgegeben. Darin steht:

«Die Ergebnisse der durch Sotomo umgesetzten Studie sind repräsentativ für die sprachintegrierte Bevölkerung der Deutschschweiz, der französisch- und der italienischsprachigen Schweiz. [...]

99,6 Prozent der Befragten bezeichnen sich entweder als Frau oder als Mann. Nur 0,4 Prozent ordnen sich nicht ins herkömmliche binäre Schema ein und bezeichnen sich explizit als nicht-binär.»

Wenn also nur 0,4 Prozent der Gesamtbevölkerung sich als nicht-binär empfinden, wie viele transsexuelle Schüler könnte es dann an der Stadtzürcher Volksschule geben? Der Stadtrat plant drei verschiedene Toiletten und Garderobenräume. Sollten tatsächlich transsexuelle Schüler vorhanden sein und diese Einrichtungen tatsächlich nutzen, so outen sie sich vor der gesamten Schule. Ist das in diesem Alter und in diesem Lebensabschnitt richtig?

Deshalb fordert die SVP im begleitenden Postulat: «Der Stadtrat wird aufgefordert zu prüfen, wie auch zukünftig auf geschlechtsneutrale WCs an der Volksschule verzichtet werden kann. Der bisher bewährte gegenwärtige Zustand soll beibehalten werden.»

In diesem Zusammenhang bitten wir den Stadtrat um die Beantwortung der folgenden Fragen:

1. Wie soll die Stadtverwaltung arbeiten und wie sollen Immobilien baulich verändert werden, «ohne zusätzliche Kosten» auf dem Buckel der Steuerzahler zu verursachen?
2. Welche internen und externen Kosten sind durch das Projekt «Genderneutrale WCs an der Volksschule» bereits entstanden? Jede beteiligte Abteilung und jeder städtische Mitarbeiter verursacht Kosten, die leicht ausgewiesen werden können.
3. Warum hält der Stadtrat drei verschiedene Toiletten und Garderobenräume und genderneutrale WCs für «pragmatisch»?
4. Wie viele transsexuelle Schüler gibt es per Stand 1. Januar 2022 in der Stadtzürcher Volksschule?
5. Auf welche Quellen stützt sich der Stadtrat, wenn er den Stand an transsexuellen Schülern an der Stadtzürcher Volksschule per 1. Januar 2022 angibt? Wir möchten die genaue Herleitung erhalten.
6. Der Stadtrat plant drei verschiedene Toiletten und Garderobenräume. Sollten tatsächlich transsexuelle Schüler vorhanden sein und diese Einrichtungen tatsächlich nutzen, so outen sie sich vor der gesamten Schule. Ist das in diesem Alter und in diesem Lebensabschnitt richtig?
7. Bewegt der Stadtrat möglicherweise vorhandene transsexuelle Schüler mit gesonderten WCs zum Outing? Ist dies eine Staatsaufgabe und in der Verantwortung des Stadtrates? Übernimmt er dafür die Verantwortung?

Mitteilung an den Stadtrat

Die zwei Beschlussanträge, die neun Postulate und die Interpellation werden auf die Tagliste der nächsten Sitzung gesetzt.

#### 540. 2022/412

**Dringliche Schriftliche Anfrage von Luca Maggi (Grüne), Walter Angst (AL) und 40 Mitunterzeichnenden vom 31.08.2022:**

**Geplante Erweiterung der Schulraumanlage auf dem Areal des MNA-Zentrums Lilienberg, Darlegung des geplanten Unterrichts, Abstimmung mit dem Projekt der Sekundarschule Ennetgraben, vorgesehene Betriebskonzepte, Begrenzung der Belegung und künftige Verwendung der Containeranlage**

Von Luca Maggi (Grüne), Walter Angst (AL) und 40 Mitunterzeichnenden ist am 31. August 2022 folgende Dringliche Schriftliche Anfrage eingereicht worden:

Die AOZ plant auf dem Areal des MNA-Zentrums Lilienberg eine Aufstockung und Anbau einer Containeranlage (Baukosten 600'000 CHF). Darin sollen neue Schul- und Zusatzräume errichtet werden. Das entsprechende Baugesuch (BG-Nr. 2022-097) wurde am 29. Juli 2022 im Amtsblatt der Gemeinde Affoltern a.A. publiziert und konnte bis am 18. August 2022 auf der Gemeinde öffentlich eingesehen werden. Den Unterlagen war auch ein Betriebskonzept der AOZ beigelegt. Diesem ist Folgendes zu entnehmen:

«Geplant ist eine Erweiterung der Schulraumanlage. Nach Ausführung befinden sich dort:

- 6 Schulräume à 44.6m<sup>2</sup>
- 3 Team-/ Schulräume à 24.5m<sup>2</sup>
- 2 Büro-/Materialräume à 11.9m<sup>2</sup> bzw. 13.9m<sup>2</sup>
- 1 Toilettenanlage mit 2 WC's und 2 Duschen
- 1 Toilettenanlage mit 3 WC's

Damit die für die Aufnahmeklassen benötigten Schul- und Zusatzräume (Teamzimmer, Toiletten, Material- und Sammlungsraum, Aufgabenraum) in einer für die Klassengrößen adäquaten Grösse schnell zur Verfügung gestellt werden könne, ist die Erweiterung der Schulanlage mit den oben beschriebenen Räumen unerlässlich.

Auch die weitere Ungewissheit im Zusammenhang mit Covid-19 sprechen zum jetzigen Zeitpunkt für eine Erweiterung der Schulraumanlage und damit für die Entlastung der Infrastruktur im Haupt- und Nebengebäude.»

Am 27. Juli 2022 hat die Sekundarschulgemeinde Affoltern/ Aeugst ein Gesuch für einen Neubau für das Schulraumprovisorium Ennetgraben (4 Schulzimmer à 64.96m<sup>2</sup> und 4 Schulzimmer 31.81m<sup>2</sup>, Baukosten 500'000 CHF) beim Bauamt der Stadt Affoltern eingereicht. Unklar ist, wie die beiden Baugesuche aufeinander abgestimmt sind.

In diesem Zusammenhang bitten wir den Stadtrat um die Beantwortung der folgenden Fragen:

1. Bitte um Darlegung, wie und wo der Schulunterricht, der im Lilienberg untergebrachten Jugendlichen künftig geplant ist (ab Eröffnung Containeranlage Lilienberg/ ab Eröffnung Schulraumprovisorium Ennetgraben).
2. Bitte um Angabe zur zeitlichen Planung: a) Wann soll die Erweiterung der Schulanlage Lilienberg fertiggestellt sein? b) Wann kann der Neubau des Schulprovisoriums im Schulhaus Ennetgraben in Betrieb genommen werden? c) Ist die Schulraumanlage auf dem Areal Lilienberg allenfalls als Übergangslösung vorgesehen?
3. Das Betriebskonzept der AOZ führt zur Beschulung der MNAs das Folgende aus:  
 «Die MNA besuchen zu Beginn in der Regel die zentrumsinterne Schule (Aufnahmeklassen), wobei Deutschunterricht und schulische Grundlagen im Vordergrund stehen, aber auch gesellschaftliche Themen behandelt werden. Derzeit befinden sich 3 Aufnahmeklassen beim Schulhaus Ennetgraben in Affoltern am Albis  
 Die Jugendlichen sind in 5 niveaudurchmischte Klassen eingeteilt und werden in Klassengrössen von 8 bis 14 Jugendlichen unterrichtet. Bei schulischen Fortschritten erfolgt ein Übertritt in die reguläre Sekundarschule Affoltern a.A. oder ein Wechsel in weitere Bildungsangebote des Kantons ZH.»
  - a. Wie viele MNA wurden im SJ 21/22 in den Aufnahmeklassen im Schulhaus Ennetgraben unterrichtet?
  - b. Wie viele MNA wurden im SJ 21/22 in Aufnahmeklassen im Lilienberg unterrichtet?
  - c. Wie viele Plätze in Aufnahmeklassen stehen nach der Inbetriebnahme des Provisoriums im Schulhaus Ennetgraben für Jugendliche aus dem Lilienberg zur Verfügung?
  - d. Ist es zulässig, dass die Oberstufenschulgemeinde Affoltern nicht für alle MNA Schulraum zur Verfügung stellt?
  - e. Was hat der Stadtrat bzw. die AOZ bisher unternommen, dass die MNA in den Aufnahmeklassen der Schule Affoltern unterrichtet werden?
  - f. Zahlt die Schule Affoltern der AOZ eine Entschädigung für die Bereitstellung des Schulraums?
4. Wie ist der Grössenunterschied der Schulräume in der Containeranlage Lilienberg (44.6m<sup>2</sup> für durchschnittlich 14 Jugendliche) und dem Schulraumprovisorium Ennetgraben (64.96m<sup>2</sup>) erklärbar? Entspricht des Bauvorhaben für zusätzlichen Schulraum den Anforderungen der Stadt Zürich an Schulraum (sowohl Provisorium wie auch Aussenraum)?
5. Warum sind im Schulhausprovisorium der AOZ 2 Duschen geplant?
6. Das Schulraumprojekt der AOZ wird auf Kosten des sehr knapp bemessenen Aussenraums (Wiese) realisiert. Entspricht diese Reduktion des Aussenraums den Vorstellungen des Stadtrats für Minimalstandards bezüglich Unterbringung von Jugendlichen? Muss allenfalls das vom Stadtrat verabschiedete und auf den 1. Januar 2022 in Kraft gesetzte Unterbringungsreglement angepasst werden ([https://www.stadt-zuerich.ch/content/dam/stzh/portal/Deutsch/Stadtrat%20%26%20Stadtpraesident/Publikationen%20und%20Broschueren/Stadtratsbeschlusse/2021/Dez/2STRB%20Nr.%201270\\_2021%2c%20Beilage%202.pdf](https://www.stadt-zuerich.ch/content/dam/stzh/portal/Deutsch/Stadtrat%20%26%20Stadtpraesident/Publikationen%20und%20Broschueren/Stadtratsbeschlusse/2021/Dez/2STRB%20Nr.%201270_2021%2c%20Beilage%202.pdf))?
7. Hat der Stadtrat Verständnis für die Forderung, die Belegung der MNA-Unterkunft Lilienberg auf 45 Plätze zu begrenzen? Unterstützen der Stadtrat und die AOZ die Forderung die Belegung zu reduzieren allgemein? Wie ordnet sich des Schulraumprojekt Lilienberg der AOZ in die Strategie ein, die Belegung im Standort Lilienberg zu reduzieren?
8. Ist es denkbar, dass die Containeranlage auf dem Areal des MNA-Zentrums Lilienberg zu einem späteren Zeitpunkt (resp. falls auf dem Areal keine oder weniger Schulraum benötigt wird) zu einem anderen Zweck (z.B. für die Unterbringung von Wohngruppen) genutzt werden kann? Falls ja, welche Nutzungen sind denkbar? Wenn Ja: Wieso wird im Baugesuch die Nutzung auf «Schulraum» eingeschränkt?
9. Ist sichergestellt, dass die geplante Containeranlage nicht als Schwankungsreserve für eine weitere Verdichtung (durch die Schaffung zusätzlicher Plätze innerhalb des Lilienbergs) genutzt wird? Falls ja, wo und wie ist dies festgehalten? Falls nein, wie kann dies verhindert werden?

10. Das Grundstück, auf dem die AOZ des Bauprojekt realisieren will, gehört Liegenschaften Stadt Zürich. Bitte um Zustellung des Vertrags zwischen Liegenschaften Stadt Zürich (LSZ) und der AOZ. Das Bauvorhaben ist nicht als Provisorium eingegeben worden. Warum nicht?

Mitteilung an den Stadtrat

**541. 2022/413**

**Dringliche Schriftliche Anfrage von Tanja Maag Sturzenegger (AL), Dr. David Garcia Nuñez (AL) und 35 Mitunterzeichnenden vom 31.08.2022:  
Zusammenlegung von zwei Abteilungen im Triemli, Gründe für die Zusammenlegung aus pflegerischer, medizinischer und betriebswirtschaftlicher Sicht, Garantie der Pflegequalität, Begleitung der Change-Prozesse, Umgang mit dem Widerstand der Pflegeteams, Massnahmen zur Verhinderung von Kündigungen und mögliche Pläne für weitere Zusammenlegungen**

Von Tanja Maag Sturzenegger (AL), Dr. David Garica Nuñez (AL) und 35 Mitunterzeichnenden ist am 31. August 2022 folgende Dringliche Schriftliche Anfrage eingereicht worden:

Aus Gründen der Rentabilität werden im Gesundheitswesen immer wieder Entscheidungen getroffen, die Abläufe verschlanken sollen. Diese "Ökonomisierung der Medizin" findet oft ohne Wissen und auf dem Rücken der betroffenen Fachkräfte statt. Diese Priorisierung von finanziellen Aspekten vor denjenigen einer qualitativ hochstehenden Patient:innenversorgung führen zur Frustration in den betroffenen Teams und letztlich zur Kündigung ihrer Mitglieder, wodurch sich die Situation in den betroffenen Institutionen nochmals verschärft.

Die Planung von Zusammenlegungen von Einzelstationen zu Grossabteilungen im Stadtspital und der starke Widerstand des betroffenen Pflegepersonals lassen den Schluss zu, dass sich am Stadtspital aktuell eine derartige Negativspirale entwickelt. Im Zusammenhang mit dieser angekündeten Zusammenlegung von zwei Abteilungen im Triemli (L Ost und West) wandten sich Pflege-Mitarbeitende des betroffenen Teams in einem Brief an Mitglieder des Gemeinderats und erhoben diverse Vorwürfe gegenüber der Leitung des Stadtspitals

Bezugnehmend auf die erhobenen Vorwürfe in Bezug auf die geplante Zusammenlegung bitten wir den Stadtrat um die Beantwortung der folgenden Fragen:

1. Welche Überlegungen fliessen bei der Planung der Zusammenlegung der Abteilungen L Ost und West ein? Inwiefern macht die Zusammenlegung von derart unterschiedlichen Fachbereichen wie Kardiologie, Onkologie und Viszeralchirurgie aus pflegerischer, medizinischer und aus betriebswirtschaftlicher Sicht Sinn?
2. Wie kann eine spezialisierte und individualisierte Pflege in einer "gemischten Abteilung" garantiert werden? Erachtet es der Stadtrat als opportun, dass onkologische Patient:innen sich dasselbe Stockwerk wie die Neugeborenen teilen müssen? Wurden dazu Meinungen bei den betroffenen Personen (Patient:innen, Pflege, Ärzt:innenschaft, etc.) eingeholt?
3. Wie werden Change-Prozesse wie die der Abteilungszusammenlegungen begleitet? Welche Instrumente werden zur Evaluation und Qualitätssicherung eingesetzt? Wie werden betroffene Führungspersonen in solche Change-Prozesse einbezogen? Wie wird das Pflege- und Betreuungspersonal einbezogen? Wie werden personelle Veränderungen im Zuge von Abteilungs-Fusionierungen angegangen und wie kommuniziert? Welche Mitsprache- und Mitentscheidungsmöglichkeiten werden den erwähnten Mitarbeitenden zugesprochen?
4. Wurden im Stadtspital bereits in der Vergangenheit schon Stationszusammenlegungen nach diesem Konzept umgesetzt? Wenn ja, wie haben sich diese medizinisch, pflegerisch und betriebswirtschaftlich ausgewirkt?
5. Im Vorfeld der geplanten Zusammenlegung der zwei genannten Stationen hat sich Widerstand in den Pflegeteams formiert. Folglich wurde das Gespräch mit Führungspersonen gesucht. Welche Instanzen der Führungskette waren mit den Betroffenen in Kontakt? Welche Resultate ergaben diese Gespräche? Inwiefern haben diese Gespräche die anstehenden Entscheidungen beeinflusst? Welche Möglichkeiten / Alternativen wurden dem Team aufgezeigt? Wie erklärt es sich der Stadtrat, dass trotz mehrfacher Gespräche die Vorbehalte und Widerstände auf Seiten des Teams nicht aufgelöst werden konnten?

6. Wie viele Pflege-Mitarbeitende der betroffenen Abteilungen haben im Zusammenhang mit der geplanten Zusammenlegung resp. im Zeitraum seit der Ankündigung ihre Kündigung eingereicht? Welche Schritte wurden unternommen, um solche Kündigungen zu verhindern?
7. Welche Auswirkungen hätte es für den Betrieb des Stadtsitals, falls aus dem betroffenen Team die Diplomierten Pflegefachpersonen geschlossen kündigen? Wie würden die entstehenden Wissenslücken geschlossen? Wie würde das Stadtsital auf die negative Publicity reagieren?
8. Sind im Stadtsital weitere Stationszusammenlegungen nach diesem Konzept geplant? Wenn ja, wie viele und in welchem Zeitplan? Inwiefern fliessen die negativen Reaktionen aus der aktuellen Stationszusammenlegung in die weitere Umsetzungen ein? Sind Anpassungen am Konzept und/oder am Vorgehen zur Umsetzung geplant?
9. Neben den Vorwürfen in Bezug auf die geplante Zusammenlegung kritisieren die Mitarbeitenden weitere Missstände, wie das Fehlen basaler pflegerischer Instrumente (z. B. Blutdruckmessgeräte) oder elementarste Hilfsmittel (z. B. Rollstühle). Wie stellt sich der Stadtrat zu den erhobenen Vorwürfen? Falls der Stadtrat diese Einschätzung der Problematik nicht teilen sollte, wie erklärt er sich diese Wahrnehmung auf Seiten der Mitarbeitenden? Wie sieht das weitere Vorgehen aus?

Mitteilung an den Stadtrat

**542. 2022/414**

**Schriftliche Anfrage von David Ondraschek (Die Mitte) und Liv Mahrer (SP) vom 31.08.2022:**

**Zusätzliche Nutzungsmöglichkeiten von Modularpavillons, Anwendungen bei weiteren Bauten, Vergleiche zu anderen Gebäudetypen bezüglich Emissionen, Kosten, Flexibilität und Netto-Null-Bilanz**

Von David Ondraschek (Die Mitte) und Liv Mahrer (SP) ist am 31. August 2022 folgende Schriftliche Anfrage eingereicht worden:

Aufgrund stark anwachsender Schülerinnen- und Schülerzahlen und der vorherrschenden Raumknappheit werden an diversen Schulen der Stadt Zürich sogenannte Modularpavillons temporär verwendet; zumeist bis Neu- oder Ergänzungsbauten der Schulhäuser getätigt wurden. Aus dieser Not liesse sich eine Tugend machen, wenn sich das Konzept der Modularpavillons längerfristig oder auch anderweitig lohnt.

In diesem Zusammenhang bitten wir den Stadtrat um die Beantwortung der folgenden Fragen:

1. Wie sehen die Pläne der Stadt bezüglich der weiteren Nutzung bestehender Modularpavillons aus?
2. Gibt es Überlegungen oder Pläne das Konzept der Modularpavillons auch zukünftig bei Bauten zu berücksichtigen? Wenn ja, in welchen Bereichen, bzw. in welcher Funktion?
2. Wie unterscheiden sich mittel- und langfristig Modularpavillons von anderen Gebäudetypen bezüglich:
3. indirekter Gebäudeemissionen?
4. Kosten für Bau und Unterhalt?
5. Flexibilität die Räumlichkeiten zeitnah andernorts einzusetzen?
6. Freiheitsgrade der räumlichen Nutzung?
7. Wärmedämmung und Klimatisierungsmöglichkeiten unter Berücksichtigung der Netto-Null-Ziele?
8. Wie bilanziert der Stadtrat die obigen Vergleiche insgesamt?

Mitteilung an den Stadtrat

**543. 2022/415**  
**Schriftliche Anfrage von Tiba Ponnuthurai (SP) und Marco Denoth (SP) vom 31.08.2022:**  
**Entwicklung der Angebotsmieten, Entwicklung seit 1995 sowie Möglichkeit zur jährlichen Erhebung und zur öffentlichen Publikation der Daten**

Von Tiba Ponnuthurai (SP) und Marco Denoth (SP) ist am 31. August 2022 folgende Schriftliche Anfrage eingereicht worden:

In vielen Gemeinden im Kanton Zürich steigen die Mieten. Leider fehlen aber öffentlich zugängliche Daten zur Entwicklung der Angebotsmieten (also der Entwicklung der Mieten, der Wohnungen, die neu vermietet werden) in Zürich.

In diesem Zusammenhang bitten wir den Stadtrat um die Beantwortung der folgenden Fragen:

1. Wie haben sich die Angebotsmieten in der Stadt Zürich seit 1995 entwickelt? Wir bitten, die jährliche Entwicklung der durchschnittlichen Quadratmeterpreise der Angebotsmieten aller Mietwohnungen auf Gemeindeebene auszuweisen.
2. Wenn der Stadtrat entsprechende Zahlen nicht herausfinden kann, bitten wir um eine entsprechende Schätzung.
3. Falls der Stadtrat die Angebotsmieten in Zürich zur Zeit nicht erhebt: Kann sich der Stadtrat vorstellen, entsprechende Zahlen jährlich zu erfassen und öffentlich zu publizieren?

Mitteilung an den Stadtrat

**544. 2022/416**  
**Schriftliche Anfrage von Rahel Habegger (SP) und Nadia Huberson (SP) vom 31.08.2022:**  
**Lohngleichheit bei den städtischen Mitarbeitenden, Vergleich zu anderen öffentlichen Verwaltungen, Einschätzung und Gründe für die Abweichung, Analysen nach Departementen und weitere Massnahmen**

Von Rahel Habegger (SP) und Nadia Huberson (SP) ist am 31. August 2022 folgende Schriftliche Anfrage eingereicht worden:

Die Stadt Zürich setzt sich seit einigen Jahren für Lohngleichheit ein. Lohngleichheit ist auch ein Ziel im Gleichstellungsplan 2019 - 2022. Die Stadt Zürich hat 2021 zum zweiten Mal nach 2017 eine Lohngleichheitsanalyse durchgeführt, um die Einhaltung des Grundsatzes «Gleicher Lohn für gleiche und gleichwertige Arbeit» bei den städtischen Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern zu überprüfen. Gemäss Medienmitteilung liegt der nicht erklärbare Lohnunterschied zwischen Frauen und Männern in der Verwaltung der Stadt Zürich bei 1,1 Prozent. Es kann wohlwollend zur Kenntnis genommen werden, dass dieser Wert nicht allzu hoch ist. Dennoch wäre es falsch, sich mit dem Wert zufrieden zu geben.

In diesem Zusammenhang bitten wir den Stadtrat um die Beantwortung der folgenden Fragen:

1. Wie liegt die Stadt Zürich im Vergleich zu anderen öffentlichen Verwaltungen?
2. Handelt es sich bei den 1,1 Prozent um eine Zufallsabweichung oder verdienen Frauen wirklich 1,1 Prozent weniger?
3. Wenn Frauen wirklich 1,1 Prozent weniger verdienen, was wird dagegen unternommen? Welche Massnahmen sind geplant?
4. Was sind die Gründe für die 1,1 Prozent?
5. Wurden Analysen nach Departementen gemacht oder sogar für grössere Dienstabteilungen, um konkrete Massnahmen zu treffen?
6. Wenn Analysen gemacht wurden, gibt es grosse Unterschiede zwischen den Departementen?
7. Was gedenkt die Stadt Zürich weiter im Bereich der Lohngleichheit zu tun?

Mitteilung an den Stadtrat



**545. 2022/417**

**Schriftliche Anfrage von Dr. Frank Rühli (FDP), Roger Föhn (EVP) und 18 Mitunterzeichnenden vom 31.08.2022:**

**Abbau von Parkplätzen im Rahmen der Umsetzung einer Velovorzugsroute in Schwamendingen, geprüfte Varianten zur lokalen Kompensation des Abbaus sowie Einfluss auf das lokale Gewerbe und die Anwohnenden**

Von Dr. Frank Rühli (FDP), Roger Föhn (EVP) und 18 Mitunterzeichnenden ist am 31. August 2022 folgende Schriftliche Anfrage eingereicht worden:

Die Stadt Zürich plant zwecks Umsetzung einer Velovorzugsroute an der Stettbachstrasse, Roswiesenstrasse und Altwiesenstrasse auf den Abschnitten Stettbachweg bis Dübendorfstrasse, Dübendorfstrasse bis Altwiesenstrasse und Roswiesenstrasse bis Helen-Keller-Strasse den Abbau von 120 Parkplätzen in der blauen Zone und 12 Parkplätzen in der weissen Zone (öffentlicher Planaufgabe inklusive Verkehrsvorschriften vom 17. Juni 2022).

Dies bedeutet einen Abbau von 67% der Parkplätze in der blauen Zone und 75% der Parkplätze in der weissen Zone an diesen Strassen. Damit wird es insbesondere für Anwohner, lokale Gewerbetreibende und Besucher fast unmöglich einen Parkplatz - auch nur für kurze Dauer (bspw. Güterumschlag wie Ein-/Ausladen von schweren Einkäufen) - zu finden.

In diesem Zusammenhang bitten wir den Stadtrat um die Beantwortung der folgenden Fragen:

1. Welche Varianten hat der Stadtrat geprüft, um diesen massiven Parkplatzabbau lokal kompensieren zu können?
2. Sieht der Stadtrat abschliessend keine Möglichkeit diesen Abbau lokal zu kompensieren?
3. Denkt der Stadtrat, dass dieser massive Parkplatzabbau keinen negativen Einfluss auf das lokale Gewerbe und Anwohner hat? Bitte um Begründung der Antwort.

Mitteilung an den Stadtrat

**546. 2022/418**

**Schriftliche Anfrage von Regula Fischer Svosve (AL), Monika Bättschmann (Grüne) und 1 Mitunterzeichnenden vom 31.08.2022:**

**Erneuerung der Tramgleise der Linie 13, Gründe für ein fehlendes Ersatzangebot mit wendigen Kleinbussen, Ausgestaltung und Nutzung des Angebots für Menschen mit eingeschränkter Mobilität sowie Information über die aktuellen Transportmöglichkeiten**

Von Regula Fischer Svosve (AL), Monika Bättschmann (Grüne) und 1 Mitunterzeichnenden ist am 31. August 2022 folgende Schriftliche Anfrage eingereicht worden:

Zwischen Wipkingerplatz und Ottenbergstrasse müssen die Tramgleise und die Kanalisation erneuert werden. Die Bauzeit reicht vom Mai 2022 bis November 2023 und bedingt die Einstellung der Linie 13 ab Juli 2022 bis August 2023 vom Escher Wyss Platz bis Frankental.

Die Grossbaustelle ist sehr gut organisiert und wird etappenweise ausgeführt. Gegen die Erneuerung der Tramgleise und Fahrleitungen, der Ausrüstung der Haltestellen sowie der Erneuerung der Kanalisationen, der Wasser- und Stromversorgungsleitungen lässt sich nichts sagen, diese Unterhaltsarbeiten scheinen nötig zu sein.

Inakzeptabel ist jedoch das fehlende Ersatzkonzept für den Ausfall der Tramlinie 13. Der Ersatzbus ab Escher-Wyss-Platz folgt der 46er Buslinie und deckt die Bedürfnisse der alten und mobilitätseingeschränkten Menschen nicht ab, da die Haltestelle Lehenstrasse zwei Querstrassen oberhalb der Haltestelle Waidfussweg liegt. Der steile Weg Richtung Sydefädeli ist für mobilitätseingeschränkte Menschen keine Option. Die alten Menschen an diesen Strassen, die Bewohner:innen der SAW und die über 90 Bewohner:innen des Gesundheitszentrums für das Alter «Sydefädeli» sind damit während 13 Monaten praktisch von der Umwelt abgeschnitten.

In diesem Zusammenhang bitten wir den Stadtrat um die Beantwortung der folgenden Fragen:

1. Weshalb setzt die VBZ nicht kleine, wendigere Busse ein, die in regelmässigen Zeitabständen die unterbrochene Strecke bedienen?
2. Für Menschen mit eingeschränkter Mobilität wurde ein Angebot mit einem ortsansässigen Taxiunternehmen und mit Gutscheinen versprochen. Wird dieses Angebot bereits umgesetzt?
3. Falls ja, wie ist das Angebot konkret ausgestaltet? Gibt es ein regelmässig verkehrendes «Shuttle Taxi» zwischen Sydefädeli und Escher-Wyss-Platz oder muss das Fahrzeug für jede Fahrt separat aufgeboden werden? Was sind die bisherigen Erfahrungen? Welche Rückmeldungen wurden wo eingeholt?
4. Wie werden am Escher-Wyss-Platz alte und mobilitätseingeschränkte Menschen über die aktuellen Transportmöglichkeiten informiert? Wie sieht der Schutz in den Wartezonen vor Witterungseinflüssen aus?

Mitteilung an den Stadtrat

## **K e n n t n i s n a h m e n**

- 547. 2022/345**  
**Postulat von Samuel Balsiger (SVP) und Martin Götzl (SVP) vom 13.07.2022:**  
**Verhinderung von Mottowochen mit dem Thema «Geschlechtertausch» an den Volksschulen**

Samuel Balsiger (SVP) zieht das Postulat zurück.

Mitteilung an den Stadtrat

- 548. 2022/278**  
**Dringliche Schriftliche Anfrage von Anna Graff (SP), Dominik Waser (Grüne) und 60 Mitunterzeichnenden vom 22.06.2022:**  
**Erhöhte Aktivität und Sichtbarkeit rechtsextremer Gruppierungen, Vorfälle rechtsextremer Gewalt gegen Communities, Möglichkeiten für ein offensiveres Vorgehen gegen rechtsextreme Gewalt und Strategie zur Bekämpfung von Hate Crimes gegen queere und trans Menschen**

Der Stadtrat beantwortet die Dringliche Schriftliche Anfrage (STRB 720 vom 24. August 2022).

- 549. 2022/394**  
**Petition vom 26.08.2022:**  
**Petition für eine lebensfreundliche und ökologische Stadtentwicklung**

Vom Eingang der «Petition für eine lebensfreundliche und ökologische Stadtentwicklung» vom 26. August 2022 wird Kenntnis genommen.

Nächste Sitzung: 7. September 2022, 17 Uhr.